

# **DIE LINKE.** Offene Liste

Antrag zur Kreistagssitzung am 17.12.2012

Michael Wahl  
Kirschgrund 3  
36100 Petersberg

Petersberg, 16.11.2012

Herrn Kreistagsvorsitzenden  
Franz Rupprecht  
Wörthstraße 15

36037 Fulda

## **Antrag:**

Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung bei Stromabschaltungen

Sehr geehrter Herr Rupprecht,

der Kreistag möge beschließen:

der Landkreis Fulda richtet einen Fond von 100.000,- Euro zur Unterstützung von Bürgern bei Stromabschaltungen ein. Auf Antrag erhalten Bürger und Bürgerinnen bei Abschaltungen einen einmaligen Zuschuss im Jahr.

Begründung:

Für das nächste Jahr haben viele Stromanbieter drastisch Strompreiserhöhungen angekündigt. Ursache für die Erhöhungen sind nur zu einem geringen Teil die Förderungen für Erneuerbare Energien. Hauptkostentreiber sind Privilegien für stromintensive Betriebe, die Energiekonzerne und der Staat mit erhöhten Steuereinnahmen.

Ein Blick auf die Kostensteigerung in 2013 zeigt auf wo die Ursachen liegen.

Förderkosten- EE plus Nachholbed.	= 0,86 Cent (davon Nachholbedarf = 0,67 Cent,)
Strompreisrückgang auf 4,1	= 0,34 Cent
KWK – Umlage	= 0,12 Cent
Industriprivileg	= 0,27 Cent
Marktprämie	= 0,09 Cent
Reserve	= 0,12 Cent
Netzentgelt	= 0 36 Cent
Netzentgeltbefreiung	= 0,18 Cent
Offshore-Umlage	= 0,25 Cent
Umsatzsteuer	= 0,49 Cent

Zusätzlich werden die enormen Gewinne und Ausschüttungen der Stromanbieter auf die Kunden abgewälzt. Die großen Stromkonzerne haben für 2012 Rekordgewinne angekündigt. Unser hiesiger Stromanbieter hat im Jahr 2012 eine Rekorddividende von über 16 Millionen Euro ausgeschüttet, doppelt so viel wie im letzten Jahr. Profitiert hiervon hat der Landkreis Fulda mit zusätzlich über 4 Millionen Euro Einnahmen (in der Summe ca. 9 Millionen Euro). In Anbetracht der drastischen Strompreiserhöhungen sind solche Gewinnausschüttungen nicht gerechtfertigt. Aufsichtsräte sollten solche Fehlentwicklungen nicht zulassen. Mit dem Fond soll Bürgern, die von Stromabschaltungen betroffen sind geholfen werden. Ein Teil der Gelder haben die Betroffenen durch die überhöhte Ausschüttung selbst bezahlt. Es ist geboten diese Bürger nicht im Dunkeln zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Wahl